

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Dr. Anke Frieling, Richard Seelmaecker,
Dennis Gladiator, Andreas Grutzeck (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Städtische Unterstützung für den Verein der deutsch-ukrainischen
Zusammenarbeit e.V.**

Der Verein der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit e.V. (VDUZ) ist ein Zusammenschluss von kompetenten Akteurinnen und Akteuren, die sich das Ziel gesetzt haben, ukrainischen Bürgern bei der Befriedigung von lebens- und wirtschaftsnotwendigen Mindestbedürfnissen zu helfen. Seit dem Jahr 2014 unterstützt der VDUZ e.V. hilfsbedürftige Personenkreise, darunter Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderungen, Familien in Notlage, Waisenhäuser und medizinische Einrichtungen, und führt weitere soziale Projekte mit ähnlicher Kategorisierung aus.

Seit dem groß angelegten Überfall auf die Ukraine durch Russland am 24. Februar 2022 und den daraus resultierenden katastrophalen Folgen für die Ukrainerinnen und Ukrainer ist der Verein zu großen Teilen damit beschäftigt, geflüchteten Ukrainern sowohl bei der Einwanderung nach Deutschland als auch auf dem Weg zurück in ihre Heimat zu helfen. Die damit einhergehenden Aufgaben sind vielfältig und reichen von Informations- und Pressearbeit, über humanitäre Hilfe, Sammlung von Spenden und Geldern, Demonstrationen und Veranstaltungen, die Organisation der Aufnahme von Flüchtlingen bis hin zur medizinischen Versorgung. Um dieses Aufgabenspektrum erfüllen zu können, brauchen die haupt- und ehrenamtlichen Helfer des Vereins der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit e.V. ausreichend räumliche Kapazitäten. Dies ist jedoch aktuell bei dem gestiegenen Bedarf erkennbar nicht der Fall. Direkte Gespräche mit dem Verein haben aufgezeigt, dass nicht die personellen Ressourcen, sondern vielmehr die räumlichen Engpässe zu Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Fülle an Aufgaben führen.

Als CDU-Fraktion sind wir der Ansicht, dass Hamburg sich in einer Ausnahmesituation wie dieser – in Zeiten des Krieges – solidarisch zeigen und dem Verein entsprechende Räumlichkeiten für seine wertvolle Hilfsarbeit zur Verfügung stellen sollte. Es soll daher geprüft werden, ob die Stadt die benötigten Räumlichkeiten aus der Vielzahl ihrer eigenen Immobilien bereitstellen kann. Andernfalls könnte die Stadt den Verein bei der Anmietung auf dem freien Markt finanziell unterstützen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. mit dem Verein der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit e.V. (VDUZ) in den Dialog zu treten und den konkreten Bedarf hinsichtlich benötigter Räumlichkeiten zu ermitteln;
2. zu prüfen, ob dem Verein der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit e.V. (VDUZ) die dringend benötigten Räumlichkeiten in städtischen Immobilien bereitgestellt werden können;

3. den Verein der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit e.V. (VDUZ) bei der Suche sowie der Anmietung entsprechender Räumlichkeiten auf dem freien Markt zu unterstützen, sollten die städtischen Immobilien keine Kapazitäten aufweisen;
4. zu prüfen, inwieweit die Mietkosten von städtischer Seite übernommen werden können, sollten keine städtischen Immobilien zur Verfügung gestellt werden können;
5. der Bürgerschaft bis zum 31.08.2022 zu berichten.